

Das digitale Rathaus kommt langsam

Mit deutlicher Verspätung bieten viele Kommunen im Kreis Limburg-Weilburg ihre Dienstleistungen auch online an

Von Rolf Goeckel

LIMBURG-WEILBURG. Ursprünglich sollten die Kommunalverwaltungen ihre Dienstleistungen – insgesamt sind es 92 – seit Ende 2022 auch online anbieten. So hatte es das Onlinezugangsgesetz (OZG) schon 2017 bestimmt. Vollständig gelungen ist dies im Landkreis Limburg-Weilburg bisher allerdings nur der Kreisverwaltung: Schon seit gut einem Jahr bietet das Kreishaus einen digitalen Bürgerservice an, der alle Dienstleistungen umfasst, wie die Behörde seinerzeit mitteilte. Jetzt ziehen die Rathäuser nach. Mehrere Städte und Gemeinden haben bei der Digitalisierung große Fortschritte

„**Einer erfolgreichen Digitalisierung im Verwaltungsbereich stehen oft das Schriftformerfordernis oder die gesetzlich festgeschriebene persönliche Vorsprache bei bestimmten Verwaltungsprozessen im Weg.**“

Stefanie Kesper-Süß,
Sprecherin der Stadt Limburg

erzielt, doch ausgerechnet die größte und wichtigste Kommune im Landkreis hinkt deutlich hinterher.

So gibt es in Limburg, das bei der Digitalisierung mit fünf weiteren hessischen Städten in dem Projekt „Total Digital“ kooperiert, gerade einmal neun Verwaltungsdienstleistungen, die der Bürger online erledigen kann. Aktuell, so Sprecherin Stefanie Kesper-Süß, befinden sich weitere vier Dienstleistungen in der digitalen Umsetzung.

„Einer erfolgreichen Digitalisierung im Verwaltungsbereich stehen oft das Schriftformerfordernis oder die gesetzlich festgeschriebene persönliche Vorsprache bei bestimmten Verwaltungsprozessen im Weg“, begründet sie den geringen Digitalisierungsgrad der Limburger Stadtverwaltung. Auch die Authentifizierung, beispielsweise durch den elektronischen Personalausweis, sei schwierig einzubinden, so Kesper-Süß. Diese Herausforderung soll nun durch ein zentrales Bürgerkonto gelöst werden.

64 Prozesse stehen online zur Verfügung

Deutlich weiter als die Domstadt sind kleinere Kommunen wie Weilmünster: „Wir haben bereits 64 Prozesse online zur Verfügung, stellenweise ist auch Onlinezahlung möglich“, sagt Bürgermeister Mario Koschel (CDU), der auf eine übersichtlich gestaltete Homepage verweist, wo der Bürger sich schnell und bequem durch das „digitale Rathaus“ klicken könne.

In der Stadt Bad Camberg sind bereits rund zwei Drittel der etwa 60 Verwaltungsleistungen digital verfügbar, so Sprecherin Catherine Striether. Über die Website der Kurstadt können die Bürger eine Baumfällgenehmigung ebenso einholen wie eine Bestattung oder auch eine Ehe- und Geburtsurkunde beantragen. Bauamt, Meldewesen und Standesamt seien bereits komplett digitalisiert worden, das Ordnungsamt hinke noch hinterher. Diese Lücke werde demnächst geschlossen, versichert Catherine Striether. Um den Fortgang der Digitalisierung kümmert sich ein Datenschutzbeauftragter, den sich Bad Camberg, Hünfelden, Brechen und Selters teilen. „Unsere digitalen Leistungen werden stark nachgefragt, sagt Striether, „vor al-

lem seit der Coronazeit.“ Allerdings sei vielen Bürgern das digitale Angebot noch gar nicht bekannt.

Die Gemeinde quasi immer „in der Hosentasche“

Vollzug meldet auch Brechens Bürgermeister Frank Groos (parteilos): „Die allermeisten unserer Leistungen sind inzwischen digitalisiert und damit die Anforderungen des OZG weitgehend erfüllt“, sagt er. Neben einer modernen, barrierefrei gestaltete Homepage verfüge die Gemeinde über eine Kommunal-App, sodass die Bürger auch viele Dinge „mobil“ erledigen können und die Gemeinde quasi immer „in der Hosentasche dabei haben“, so Groos. Allerdings werde die „klassische“ Antragstellung derzeit noch wesentlich häufiger gewählt als die digitale, so der Bürgermeister.

Auch die Elbtal, Elz, Hadamar und Dornburg haben eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) vereinbart, um die Digitalisierung voranzutreiben. „Die Gemeinde Elz bietet 22 Verwaltungsleistungen digital an. Weitere 27 Leistungen sind durch die OZG-Sachbearbeiterin in Hadamar angepasst worden.

Hier stehen Testlinks bereit“, berichtet der Elzer Bürgermeister Horst Kaiser (CDU). „Nach dem Test und Einweisung der Mitarbeiter können diese auf der Homepage implementiert werden und stehen dem Bürger zur Verfügung.“

Aufwand bei Personalausweisen zu hoch

Dornburgs Hauptamtsleiter Holger Kirch ist zuversichtlich, dass bis Ende März 45 Verwaltungsleistungen den Bürgern online zur Verfügung stehen werden, derzeit seien es 18. Damit werde das OZG in der Westerwaldgemeinde zu 95 Prozent erfüllt. Es gebe auch Leistungen, deren Digitalisierung unwirtschaftlich sei, weil sie zu selten nachgefragt würden. Und Personalausweise würden wohl auch in Zukunft – bundesweit – nur in Präsenz beantragt werden können, weil der Aufwand für eine Online-Identifizierung zu hoch sei.

Die Stadtverwaltung Weilburg stellt laut Sprecherin Olga Grib die 40 wesentlichen Verwaltungsleistungen, insbesondere aus den Bereichen Bürgerbüro, Standesamt, Steuerwesen und Ordnungsamt, als digitalen Prozess auf

ihrer Webseite zur Verfügung. Nachholbedarf gebe es insbesondere beim Bauamt. Allerdings stelle der Dienstleister ekom21 diese digitalen Prozesse noch nicht zur Verfügung. „Kurz vor Fertigstellung ist die Umsetzung des komplett digitalen Zugangs im Kindertagesstätten-Bereich“, so Grib.

Weiterverarbeitung der Daten im Fokus

„Wir möchten in Mengerskirchen die Digitalisierung weiter vorantreiben.“

sagt Bürgermeister Daniel Melchert (SPD). „Die gängigsten Prozesse sind online verfügbar.“ Allerdings sei die Homepage mittlerweile so veraltet, dass sie im Frühjahr erneuert werde. Unter anderem sei ein neuer interaktiver Veranstaltungskalender vorgesehen. In einem weiteren Schritt soll nicht nur der Kontakt zum Bürger, sondern auch die Weiterverarbeitung der Daten verwaltungsintern digitalisiert werden. Derzeit müssten viele Daten noch händisch verarbeitet werden, so Melchert.

Die Gemeinde Löhnberg erfüllt laut Sprecherin Heike Lachnit noch nicht alle Ziele des OZG. „Wir sind an allem dran, doch das Thema Datenschutz und Cyberkriminalität hat uns in den Prozessen zurückgeworfen.“ Die Homepage werde umgestaltet, „um alle Erfordernisse des digitalen Rathauses umzusetzen“.

Auch fast alle anderen Kommunen im Landkreis haben damit begonnen, ihre Dienstleistungen online zu stellen. Einzig die Stadt Runkel verfügt auf ihrer Homepage über keinen echten Digitalservice. Zwar lassen sich dort eine Reihe von Antragsformularen herunterladen. Diese müssen aber anschließend ausgedruckt, unterschrieben und ans Rathaus geschickt werden. Mit der Post.



Der gute alte Aktenstempel soll auch in den heimischen Verwaltungen bald ausgedient haben. Foto: Ralf Hirschberger/dpa-Zentralbild/dpa